

/// Ursachen, Akteure, Verlauf, Perspektiven

## DER ARABISCHE UMBRUCH

**SAID ALDAILAMI / MARTIN PABST /// Die zum Jahreswechsel 2010/11 in fast allen arabischen Staaten aufgeflamten Protestbewegungen lösten im Westen hohe Erwartungen aus. Rasch wurde ein „Arabischer Frühling“ herbeigeredet. Vier Jahre später ist jedoch Ernüchterung eingekehrt. Bürgerkriege, drohender Staatszerfall und ein zäher Transformationsprozess begleiten den Wandel in der arabischen Welt.**

Die vorherrschende Ursachenanalyse fokussiert einige wenige Punkte. Spielverderber sind demnach einerseits machtbesessene bzw. fanatische Islamisten, denen ein Hijacken der Demokratiebewegung unterstellt wird, andererseits reformunwillige Diktatoren wie Bashar al-Assad, die das Reformverlangen der Bürger erfolgreich mit Kanonen und Bomben ersticken. Andere Beobachter meinen, wohlfeile Argumente der Ära vor 2011 wieder aufgreifen zu müssen. Möglicherweise sei „der Araber“ gar nicht zur pluralistischen Demokratie fähig. Seine Mentalität, Kultur und Religion würden zur autoritären Herrschaftsform tendieren.

Grundsätzlich problematisch ist, dass in der Analyse eine eurozentrische Wahrnehmung vorherrscht. Die arabische Perspektive der Ereignisse wird weitgehend ausgeblendet. Daraus resultieren problematische Analogieschlüsse und Fehleinschätzungen. So vorschnell der anfängliche Optimismus im Westen

war, so wenig berechtigt ist der inzwischen verbreitete Generalpessimismus. Eindimensionale Analysen werden durch andere eindimensionale Analysen ersetzt. Außer Acht gelassen wird, dass die Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren im arabischen Raum hochkomplex und noch dazu von Staat zu Staat unterschiedlich sind. Gleichzeitig steht die Region aufgrund ihrer Energiereserven, ihrer geostrategischen Lage als Zwischenraum sowie als Anrainer zentraler Handelswege seit jeher unter er-

**Der „Arabische Umbruch“ hat die Erwartungen vieler NICHT erfüllt.**

heblicher externer Einflussnahme. Bei dem „Arabischen Umbruch“, wie wir den politischen Veränderungsprozess neutral bezeichnen wollen, geht es nicht nur um einen überfälligen innenpolitischen Reformprozess, sondern auch um



Quelle: MOHAMED EL SHAHED/AFP/Getty Images

**Der „Arabische Umbruch“ brachte vielerorts nicht den erhofften Wandel. Die alten Eliten haben sich als zäh und gut organisiert erwiesen, militante Islamisten sind auf den Zug aufgesprungen, und die Einmischung regionaler und globaler Mächte hat den Prozess negativ beeinflusst.**

eine Neuordnung der Region. Dabei liefern sich regionale und globale Einflussmächte einen erbitterten Wettlauf. Die innenpolitischen Akteure werden dabei häufig zu Statisten degradiert, wenngleich es ihnen mitunter auch gelingt, externe Akteure zu instrumentalisieren. Schnelle Erfolgsgeschichten kann der Arabische Umbruch vor diesem Hintergrund nicht liefern.

Im Folgenden sollen die Ursachen der politischen Unzufriedenheit und die Träger der Protestbewegung dargestellt werden. Danach werden die externen Akteure und ihre Ziele beschrieben. Dabei soll auch die innerarabische Wahrnehmung zur Sprache kommen. Schließlich werden die Entwicklungslinien der

Jahre 2011 bis 2014 skizziert und ein Ausblick in die Zukunft versucht.<sup>1</sup>

### Ursachen

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der arabische Raum wie keine andere Weltregion von absoluten Monarchien, Militärdiktaturen, Einparteiensystemen oder Fassadendemokratien beherrscht. Doch die Stabilität war trügerisch. Zunehmend machte sich Unzufriedenheit über staatliche Repression und Machtarroganz, Ineffizienz der Verwaltung, miserable Lebensbedingungen und außenpolitische Marginalisierung bemerkbar. Die Menschen in der arabischen Welt verbinden dieses Missmanagement ihrer Länder nicht ausschließ-

lich mit ihren despotischen Machthabern, sondern auch mit Kolonialismus und Imperialismus. Sie fühlen sich durch den Westen hintergangen, der über Jahrzehnte ihre Länder ausbeutete, willkürliche Grenzen zog und vor seinem Rückzug Vasallen installiert hat. Im gesamtarabischen Volksgedächtnis hält der koloniale und imperiale Feldzug des Westens gegen ihre Region bis heute an.

Bereits 2004 zeigte der UNDP Arab Human Development Report massive Defizite in allen arabischen Ländern auf und prognostizierte für den Fall ausbleibender struktureller Reformen das mittelfristige Ausbrechen gesellschaftlicher Konflikte bis hin zu bewaffneten Zusammenstößen. Bis Ende der 1990er-Jahre hatte ein autoritärer Gesellschaftsvertrag für Ruhe gesorgt. Die Herrscher garantierten Grundversorgung, soziale Dienstleistungen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten im aufgeblähten staatlichen Sektor. Im Gegenzug stellten die meisten Bürger keine politischen Forderungen. Dies änderte sich mit der zunehmenden Verschuldung vieler Länder. Sozialistische Experimente waren gescheitert und Missmanagement und Korruption zeigten ihre Wirkung. Die ressourcenarmen Staaten verfügten damit nicht mehr über ausreichende Mittel, um sich Wohlwollen zu erkaufen.

Als Gegenleistung für internationale Hilfen und Kredite waren sie gezwungen, die Wirtschaft zu liberalisieren und Strukturanpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Im Zuge dieses Prozesses verstärkte sich die sozioökonomische Ungleichheit.

Weitere Faktoren kamen hinzu. Das anhaltend hohe Bevölkerungswachstum bewirkte demographischen Druck. So hat sich die Einwohnerzahl von Ägypten zwischen 1960 und 2010 auf über 85 Mio. verdreifacht. Über die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25, etwa ein Drittel sogar unter 15 Jahre alt. Gemäß offiziellen Zahlen waren bei den 15-29-Jährigen an die 43% der Frauen und gut 16% der Männer arbeitslos. Schätzungen gehen noch von deutlich höheren Zahlen aus, wobei Hochschulabsolventen überdurchschnittlich betroffen sind.<sup>2</sup>

Ein weiterer „Beschleuniger“ war die Nahrungsmittelkrise von 2008. Als Folge von Klimawandel, Subventionierung von Biotreibstoffen und Börsenspekulation schnellten die Getreidepreise in diesem Jahr empor. Als in China 2010/11 eine Jahrhundertdürre verstärkte Käufe auf dem Weltmarkt auslöste, explodierten die Getreidepreise erneut. Die neun größten Weizenimporteure liegen alle in Nordafrika und im Nahen / Mittleren Osten, das weltweit größte Importland ist Ägypten. In Syrien verloren im Jahr 2009 als Resultat einer langandauernden Dürre Hunderttausende Menschen in ländlichen Gebieten ihre Existenz. Während reiche arabische Staaten wie die Golfmonarchien den Preisanstieg durch erhöhte Subventionen auffingen, waren staatliche Zuschüsse in Staaten wie Tunesien, Ägypten oder Syrien nicht möglich. Der Kampf ums tägliche Überleben wurde damit für viele Araber zur existenziellen Herausforderung. Vor

**Wirtschaftliche Schwierigkeiten  
und demographischer Druck  
brachten den autoritären  
Gesellschaftsvertrag ins WANKEN.**

diesem Hintergrund wirkte der Protestsuizid des verzweifelten, von den Behörden gedemütigten Tunesiers wie ein Zündfunke. „Brot, Freiheit, Würde“ wurde zum verbindenden Motto einer breiten Protestbewegung.

### **Akteure**

Von Ausnahmen wie Syrien abgesehen, lag das Zentrum der Proteste in den Städten. Träger waren bislang unpolitische Bürger, deren Toleranzgrenze überschritten war, sowie perspektivlose Jugendliche. Letztere standen zum einen über E-Mail und soziale Netzwerke im Austausch mit dem Ausland und wussten die digitalen Kommunikationsmittel zur Mobilisierung und Steuerung von Demonstrationen einzusetzen. Zum anderen überwandern sie die Angstschwelle, was der Generation ihrer Eltern nicht gelungen war. Damit erschütterten sie die autoritären Regime nachhaltig. Egal wie der Arabische Umbruch ausgeht – den Nimbus der Unbesiegbarkeit haben die Regime verloren.

Im Westen praktizierte man „wishful thinking“ und sah in den Demonstranten Nachahmer des eigenen Modells. Dabei wurde freilich übersehen, dass die Protestbewegung unterschiedliche soziale Milieus, Konfessionen und politische Richtungen vereinte. Die Demonstranten wussten, wogegen sie waren, hatten aber noch kein Programm oder eine gemeinsame Agenda. Viele Aktivisten standen erstmals auf der politischen Bühne. Die dezentrale, führerlose Mobilisierung hatte zur Überrumpelung der Sicherheitskräfte beigetragen, doch führte die hierarchielose Struktur auch dazu, dass die neuen Reform-Eliten im Transformationsprozess schwach organisiert sind. Es verwundert daher nicht, dass die Initiative wie-

### **Fehlende Struktur und Führung SCHWÄCHTEN die Demonstranten.**

der auf die Sicherheitskräfte übergang, auf die weiterhin einflussreichen alten Eliten und auf die schon vor 2011 organisierten gesellschaftlichen Kräfte. Hierzu zählen insbesondere die überregional tätige Muslimbruderschaft und ihr nahestehende Organisationen.

Übersehen wurde von westlichen Beobachtern auch, dass Grundbedingungen für eine schnelle Demokratisierung wie politische Bildung, eine Kultur des Dialogs und des Kompromisses, strukturiertes bürgerschaftliches Engagement, ein säkulares Politikverständnis sowie ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung noch nicht gegeben waren. 1 Mio. Demonstranten auf dem Kairoer Tahrirplatz ist eine beeindruckende Zahl, doch bezogen auf 85 Mio. Ägypter stellen sie eine Minderheit dar. Jahrzehnte der Einschüchterung und Entpolitisierung haben ihre Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Hinderlich ist auch das niedrige Bildungsniveau der Unterschichten. Gemäß dem UNDP Human Development Report 2014 sind 26,1 % der Ägypter Analphabeten.

Der Arabische Umbruch war jedoch nicht nur eine innenpolitische Auseinandersetzung, er wurde von Anfang an von massiver äußerer Einflussnahme begleitet.

### **Externe Einflussnahme**

Aufgrund seiner geostrategischen Bedeutung haben externe Mächte seit Jahrhunderten um die Vorherrschaft im arabischen Raum gestritten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren Frankreich und Großbritannien tonangebend

und eigneten sich hier Kolonien an. Nach dem Zweiten Weltkrieg lieferten sich die USA und die Sowjetunion einen Wettstreit. 1990 blieben die USA als einzige Supermacht übrig. Geschwächt durch langdauernde Kriege in Afghanistan und im Irak und ausgerichtet auf neue Schwerpunkträume (Pazifik), nahm die Vormachtstellung der USA in den letzten Jahren aber ab. Das rückläufige US-Engagement in Verbindung mit der bröckelnden Machtstellung arabischer Potentaten rief globale und regionale Akteure auf den Plan. Neben klassischen Einflussmächten wie Frankreich, Großbritannien und Russland sind hier neue selbstbewusste Akteure wie China, Saudi-Arabien, der reiche Emporkömmling Katar, Israel, Iran und die Türkei zu nennen. Hinzu kommen länderübergreifend operierende nicht-staatliche Akteure.

Schon vor 2011 gab es erhebliche externe Einflussnahme. Man denke an die „Freedom Agenda“ von US-Präsident George W. Bush zur Transformation des „Greater Middle East“. Der Krieg im Irak zum Sturz des Diktators Saddam Hussein (2003) sollte hierfür den Startschuss geben und in der Demokratisierung des Iran seinen Höhepunkt finden. Zwar hat bereits Bush dieses Programm wieder heruntergefahren, doch sind noch bis 2011 US-Aktivitäten im arabischen Raum nachweisbar – von CIA-Geheimoperationen in Syrien und im Iran bis hin zur jahrelangen Finanzierung und Schulung arabischer Aktivisten bei der Anwendung ziviler Widerstandsformen und des Einsatzes elektronischer Medien. Auch von und aus anderen Staaten wurde Einflussnahme praktiziert. Zu nennen sind insbesondere die Türkei, der Iran und die arabischen Golfstaaten. So erhielten islamis-

tische Gruppen erhebliche Finanzmittel und logistische Unterstützung.

Zwischen 1950 und 1990 wurde unter dem Dach der globalen Konfrontation USA / Sowjetunion ein „Erster Arabischer Kalter Krieg“ zwischen konservativen Status-Quo-Staaten (überwiegend Monarchien) und progressiven linksnationalistischen Republiken getragen. Zwei Faktoren veränderten die Konstellation in den 1970er-Jahren: Ägypten wechselte ab 1974 ins westliche Lager, hingegen steuerte der Iran ab 1979 einen antiwestlichen Kurs. Auch kündigte die „Islamische Revolution“ im Iran den Aufschwung des Islamismus (nicht nur im schiitischen, sondern auch im sunnitischen Bereich) und den gleichzeitigen Niedergang des politisch und wirtschaftlich desavouierten Nationalismus / Panarabismus an. Viele Araber setzten nun ihre Hoffnungen auf islamistische Bewegungen, von denen sie sich Gerechtigkeit, wirtschaftliche Besserstellung, außenpolitische Stärke und regionale Einheit erhoffen.

### **Der arabische Raum stand lange unter externer EINFLUSSNAHME.**

Die vom schiitischen Iran beanspruchte politische und ideologische Führungsrolle löste freilich bei den sunnitischen arabischen Staaten Besorgnis aus, nicht zuletzt wegen der politisch machtlosen schiitischen Bevölkerungsgruppen in vielen Staaten. Staaten wie Saudi-Arabien mobilisierten die sunniti-

schen Araber mit dem Feindbild einer schiitischen Bedrohung, die angeblich das Araber- und Sunnitentum vernichten will. Schon von 1980 bis 1988 kam es im erbittert geführten Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran zu einer ersten sunnitisch-schiitischen bzw. arabisch-iranischen Konfrontation. Der Irak agierte dabei als Stellvertreter Saudi-Arabiens, Ägyptens und anderer sunnitischer Staaten wie auch des Westens. Gemäß Elias Khoury setzte 1979 ein „Zweiter Arabischer Kalter Krieg“ ein. Nun bestand eine Dreieck-Konkurrenz aus konservativen prowestlichen Status-quo-Mächten, sozialistischen progressiven Republiken und vom Iran inspirierten schiitischen wie sunnitischen islamistischen Bewegungen, die diskriminiert oder in den Untergrund gedrängt wurden.

Seit 2011 hat sich eine neue Dreieckskonstellation herausgebildet, nämlich die von Saudi-Arabien angeführten sunnitischen Status-quo-Mächte (mit Israel als inoffiziellem Partner) im Verbund mit den alten Eliten und „unpolitischen“ salafistischen Bewegungen in den Transformationsstaaten, eine von den ehrgeizigen Regionalmächten Türkei und Katar angeführte zweite sunnitische Achse im Verbund mit der Muslimbruderschaft und verwandten islamistischen Bewegungen sowie die vom Iran angeführte, ebenfalls auf Transformation setzende „Achse des Widerstands“. Keine Rolle spielen mehr die progressiven, linksnationalistischen Staaten. Irak und Syrien sind zusammengebrochen, nur noch das periphere Algerien repräsentiert dieses einst mächtige Lager.

Spannend war die Haltung der USA. Jahrzehntlang stand Washington auf der Seite der von Saudi-Arabien ange-

führten sunnitischen Status-quo-Mächte. Doch 2011 signalisierte US-Präsident Obama den nicht-militanten Islamisten in den Transformationsländern Kooperationsbereitschaft. Dieser Linie folgten auch einige europäische Staaten. Eine Brückenfunktion übernahmen die langjährigen US-Verbündeten Türkei und Katar, die über gute Verbindungen zur Muslimbruderschaft verfügen. Natürlich ist Obama kein verkappter Islamist, wie ihm manche seiner eingefleischten Gegner vorwerfen. Für die Kursänderung gibt es nachvollziehbare Gründe. Erstens hat Washington inzwischen realisiert, dass Islamisten über einen erheblichen Rückhalt verfügen. Ihr Ausschluss nach einem Wahlerfolg könnte, wie in den 1990er-Jahren in Algerien, blutige Bürgerkriege auslösen. US-Denkfabriken wie die RAND Corporation plädierten daher für eine Inklusion islamistischer Kräfte in den Transformationsprozess. Darüber hinaus war es das Ziel der USA, die Stabilität in den arabischen Ländern aufrechtzuhalten und eine unkalkulierbare Ausbreitung der Protestbewegung zu verhindern. Schließlich bejahen die meisten islamistischen Bewegungen Privateigentum und Marktwirtschaft. Für die USA stellen sie daher weit weniger als linke Kräfte eine Gefahr dar.

Opfer dieser US-Politik waren die prowestlichen, nicht-islamistischen Reformkräfte in den Transformationsstaaten, denn es fehlte ihnen nun der Partner. Die USA, europäische Staaten, Katar, die Türkei wie auch der Iran umwarben die Muslimbruderschaft, während das saudische Lager auf die reaktionären Kräfte und auf „unpolitische“ salafistische Bewegungen setzte. Washington wollte mit der Öffnung gegenüber der Muslimbruderschaft seine langjäh-

## **2011 nahmen die USA einen Kurswechsel zu den gemäßigten Islamisten hin vor.**

rigen Partner wie Saudi-Arabien nicht fallen lassen, doch löste der US-Kurs bei letzteren Verärgerung und Besorgnis aus. Zum einen fürchtete man, dass die Muslimbrüder auch am Golf Aufwind bekommen und die Bevölkerung gegen die Herrscherhäuser mobilisieren würden. Zum anderen sah man im Vorgehen Washingtons die Vorstufe zu einem mittelfristigen strategischen Arrangement zwischen Washington und Teheran. Eine solche Vermutung ist nicht aus der Luft gegriffen. Bereits zwischen 2001 und 2005 hatten sich die USA und der Iran informell angenähert. Seit dem Frühjahr 2011 finden informelle Atomgespräche zwischen Washington und dem Iran statt. Bestimmte Denkschulen in den USA plädieren für ein weitreichendes Arrangement, denn der Iran ist zum einen eine starke Regionalmacht, die zur Stabilität im arabischen Raum beitragen kann, und zum anderen ein riesiger unerschlossener Markt für die US-Wirtschaft.

### **Verlauf 2011 bis 2014**

Das Jahr 2011 war vom schnellen Machtwechsel in Ägypten und Tunesien und den darauffolgenden Wahlsiegen islamistischer Parteien gekennzeichnet. Hingegen eskalierte die Protestbewegung in Libyen und Syrien schnell zu erbittert geführten Bürgerkriegen. Hieran waren zum einen die Machthaber

Muammar al-Gaddafi und Bashar al-Assad schuld, die mit brutalem Waffeneinsatz gegen Demonstranten vorgingen, zum anderen schloss das Eingreifen externer Mächte eine Verhandlungslösung von vorneherein aus, denn in beiden Ländern wurden von Anfang an Rebellen rekrutiert und bewaffnet, um die Machthaber zu stürzen. Treibende Kräfte waren Katar und die Türkei, die der Muslimbruderschaft nahestehende Rebellengruppen zu fördern und zu lenken suchten. Unterstützt wurde dieses Vorgehen von den USA und ihren europäischen Verbündeten. Hingegen wurde die interne, überwiegend säkulare Opposition in Damaskus vom Westen, der Türkei und Katar konsequent ins Abseits gedrängt, als sie sich weigerte, zum bewaffneten Kampf überzugehen und sich der Führung durch die Türkei zu unterstellen.

Syrien war ein Sonderfall. Hier setzte auch das von Saudi-Arabien angeführte Status-Quo-Lager ausnahmsweise auf Transformation. Denn Bashar al-Assad ist ein enger Verbündeter des Iran, und Saudi-Arabien wollte die Achse Teheran – Damaskus – Beirut (Hisbollah) – Gaza (Hamas) unbedingt sprengen und in Syrien eine sunnitisch geführte, abhängige Regierung einsetzen. In Konkurrenz zu Rebellengruppen, die der Muslimbruderschaft nahestehen, unterstützte und bewaffnete das saudische Lager in Syrien einerseits säkular orientierte Rebellengruppen und andererseits salafistische Milizen.

Arabische Analysten hegten von Anfang an große Zweifel daran, dass die USA und ihre Verbündeten das Assad-Regime tatsächlich stürzen wollten. Gerade für die Sicherheit Israels auf den Golanhöhen war die Assad-Dynastie Jahrzehnte lang ein Garant für Ruhe

und Frieden. Hinter den Umtrieben in Syrien sahen sie eher das Ziel, das Assad-Regime militärisch zu schwächen, aber letztlich am Leben zu halten. Diese Prognose ist von der heutigen Realität nicht weit entfernt.

Das Jahr 2012 führte vor Augen, dass der „Sturz des Diktators“ in Syrien nicht so schnell erfolgen würde. Der Konflikt entwickelte sich zum Dauerbürgerkrieg, da keine Partei stark genug war, den Sieg davonzutragen, denn Syrien ist auch von seiner inneren Struktur her ein Sonderfall. Aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung und des starken Gewichts von Gruppenidentitäten gibt es hier keine klare Frontstellung zwischen „Volk“ und „Regime“. Der alawitische Präsident Assad kann sich auf die Loyalität dieser religiösen Minderheit stützen. Tendenziell sehen auch die anderen religiösen Minderheiten (Christen, Drusen u. a.) in Assad eine Überlebensgarantie, zumal sich der sunnitisch geprägte Widerstand zunehmend radikalisierte. Auch die überwiegend säkularen Kurden misstrauen trotz aller traditionellen Gegnerschaft zum

### **Die Lage in Syrien ist durch die EXTERNE Einflussnahme eskaliert.**

System Assad den Rebellen und haben sich nicht auf deren Seite geschlagen. Ähnlich wie die irakischen Kurden im Nachbarland, suchen sie zudem die neue Lage für die Erringung einer möglichst weitgehenden Autonomie auszunutzen.

So sehr die westliche Berichterstattung den Fokus auf den konfessionellen Charakter der Auseinandersetzungen in Syrien legt, so wenig trifft diese Ein-

schätzung die Realität. Syriens Gesellschaft lebte Jahrhunderte lang friedlich in einem multikonfessionellen Staat. Es sind die anarchischen Verhältnisse des Krieges und der Vertreibung wie auch die externen Finanzspritzen aus den Golfstaaten und das Vorgehen sonstiger externer Mächte, die dazu geführt haben, dass in Syrien das harmonische Zusammenleben der Konfessionen gesprengt wurde.

Das Jahr 2013 brachte den Gegenschlag des von Saudi-Arabien angeführten Status-Quo-Lagers. Mit massiver Unterstützung aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel beendete das ägyptische Militär im Verbund mit den alten Eliten am 3. Juli das Experiment einer (freilich auch nicht sehr erfolgreichen) Regierung der Muslimbruderschaft. Dabei gingen sie viel brutaler vor als zuvor die Muslimbrüder mit ihren politischen Gegnern. An die 1.000 Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi wurden am 14. August bei der Räumung zweier Protestlager getötet, und heute sitzen in ägyptischen Gefängnissen mehr als 20.000 politische Gefangene. Große Teile der Bevölkerung wurden von der nationalistischen und anti-islamistischen Propaganda der neuen Machthaber erfasst.

Eine Woche vor dem Staatsstreich in Ägypten hatte als Folge saudischen Drucks der Emir von Katar seinem Sohn den Thron überlassen. Gleichzeitig wurde der langjährige Premierminister und Außenminister, ein Architekt der Allianz mit der Muslimbruderschaft, ausgewechselt. Saudi-Arabien übte massiven Druck auf Katar aus, seine Unterstützung der Muslimbrüder in arabischen Ländern aufzugeben. Die USA waren über das schroffe Vorgehen ihrer Partner

Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Israel verärgert, doch mussten sie das Scheitern des Experiments eines von der Muslimbruderschaft geführten Ägyptens hinnehmen. Möglicherweise haben sie es aber auch von Anfang an nur als Übergangslösung betrachtet. Nach dem Staatsstreich in Ägypten suchten die USA die gestörten Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten wieder zu festigen und Differenzen auszuräumen.

Schließlich brachte das Jahr 2014 den sich beschleunigenden Zerfall der staatlichen Ordnung und Integrität sowohl im Irak, in Syrien und in Libyen. Der Aufstieg einer neuen terroristischen Bewegung, des „Islamischen Staats“ (IS), sorgt als ständiger Bedrohungsfaktor für eine schnelle Veränderung der Grenzen in der Region, temporäre Allianzen und eine hohe Zahl ziviler Opfer angesichts des extrem brutalen Vorgehens dieses internationalen Terrornetzwerks. Der IS kann von mehreren Faktoren profitieren:

- der desaströsen Politik der Regierung Maliki im Iran, die die sunnitische Minderheit an die Seite des IS trieb,
- dem Entstehen staatlich nicht kontrollierter Räume in Syrien,
- der Frustration vieler Syrer über den Verfall von Recht und Ordnung unter den Bedingungen eines Dauerbürgerkriegs,
- der militärischen Ineffizienz, Korruption und Zerstrittenheit vieler syrischer Rebellengruppen,
- der fallweisen taktischen Unterstützung durch diverse Akteure (Assad-Regierung, Türkei, Katar u. a.),
- den opulenten finanziellen Mittel, die zur Rekrutierung perspektivloser

jugendlicher Kämpfer eingesetzt werden sowie

- seinem attraktiven panarabischen Programm eines grenzübergreifenden „Kalifatstaats“ (die 1920 erfolgte Grenzziehung durch die Kolonialmächte wird bis heute von den Arabern als aufgezwungen betrachtet).

Der IS ist damit zu einem militärischen, politischen und auch wirtschaftlichen Machtfaktor geworden. Denn es gelingt ihm, in den von ihm eroberten Gebieten, Wirtschaft und Infrastruktur am Laufen zu halten und z. B. Öl in Nachbarländer zu exportieren. Alleinschuldige an dieser Entwicklung gibt es nicht, doch haben externe Mächte, die auf den „schnellen“ bewaffneten Sturz der Regime in Syrien und Libyen setzten, zur Entgrenzung der Bürgerkriege beigetragen.

**2014 steigt der IS als NEUE terroristische Bewegung auf und stellt bestehende Grenzen infrage.**

Auch Libyen steht vor einem Scherbenhaufen. Eine landesweit anerkannte Regierung gibt es nicht, das gewählte Parlament existiert nur noch als Rumpfparlament, und die kämpfenden Milizen verfolgen unterschiedliche Interessen, die zum Teil von außen gesteuert werden. Die geographische Integrität des Staates droht zu zerfallen, da inzwischen der Kampf in Tripolis mit den kriegerischen Auseinandersetzungen im weiter östlich gelegenen Bengasi, bezogen auf Akteure, Interessen und Ziele,

kaum mehr etwas gemein hat. Der IS spielt in Libyen bisher eine untergeordnete Rolle, doch gibt es ähnlich ausgerichtete radikalislamistische Terrorgruppen. Die Entwicklung in Libyen bedroht nicht nur die unmittelbaren Nachbarn Tunesien, Algerien und Ägypten, sondern auch den Sahel-Raum. Alle drei zuvor genannten Interessenslager von Mächten haben ihre Ziele nicht durchsetzen können. Der lachende Vierte ist bis auf Weiteres der IS. Er profitiert von der Misere und sucht, auf den Trümmern der alten Ordnung seinen Kalifatsstaat zu errichten.

Völlig marginalisiert sind heute die säkularen und gemäßigt-islamistischen Reformkräfte. Allenfalls im kleinen, globalstrategisch wenig relevanten Tunesien ist noch ein Reformprozess in Gang. Den Bevölkerungen geht es schlechter als zuvor. Teile des Iraks und Syrien sind kriegszerstört, die Wirtschaft der gesamten Region leidet unter der unsicheren politischen Lage, die Lebensbedingungen haben sich gegenüber 2011 noch verschlechtert und anschwellende Flüchtlingsströme stellen eine zusätzliche Belastung dar. Es droht ein Export des bewaffneten Konflikts von Syrien und dem Irak in die Südtürkei, den Libanon und nach Jordanien. Damit wäre auch Ägypten gefährdet. Ein solches Vorgehen des IS und verwandter Gruppen dürfte jedoch eine „rote Linie“ für die USA darstellen. Ein militärisches Eingreifen Washingtons, auch mit Landstreitkräften, ist dann zu vermuten.

Der IS hat nicht nur eine antiwestliche, sondern auch eine antischiitische / antiiranische Stoßrichtung. Aufgrund seiner salafistischen Ausrichtung verfolgt er alle Schiiten in seinem Machtbereich als „Ketzer“ und zerstört ihre Moscheen, die er als „Götzentempel“ be-

zeichnet. Ob Saudi-Arabien vor diesem Hintergrund weiter aktiv die Anti-IS-Koalition unterstützen wird, ist fraglich, denn letztlich teilt Saudi-Arabien die salafistische Ideologie des IS und war in den vergangenen Jahrzehnten die Speerspitze der antischiitischen / antiiranischen

### Wird es zu einem **STRATEGISCHEN** Arrangement zwischen den USA und dem Iran kommen?

schon Propaganda. Der seit 1979 schwelende politische Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten bzw. Arabern und dem Iran könnte zum bestimmenden Muster der Region werden. Im Jemen dominiert er bereits die Tagesordnung, obgleich die Fronten in diesem von Stämmen dominierten Land nicht ausschließlich auf die konfessionelle Zugehörigkeit begrenzt werden dürfen.

Wie sich die USA angesichts einer solchen Entwicklung verhalten werden, ist offen. Eine Option wäre das bereits erwähnte strategische Arrangement mit dem Iran. Die beiden stärksten Mächte in der Region wären dann in einem Anti-IS-Bündnis vereint. In beiden Ländern gibt es freilich einflussreiche Gegenkräfte, die eine solche Entwicklung zu verhindern suchen. Eine neue Ordnung des arabischen Raums könnte darin bestehen, die Region entlang konfessioneller und ethnischer Linien neu zu gliedern, wie von manchen politischen Denkern in den USA zur nachhaltigen Konfliktlösung propagiert. In Syrien

und Teilen des Iraks ist die Aufteilung schon faktisch vollzogen. Die offenkundig von den USA und Israel begünstigten Bestrebungen zur Emanzipation eines Kurdenstaats im Nordirak (und vielleicht darüber hinaus) passen in dieses Schema. Im Gegenzug unterstellen arabische Kritiker dem Westen wiederum „Teile und herrsche“ als Motiv. Ob die Region mit einer solchen territorialen Neuordnung besser fahren würde, ist freilich offen. ///



**/// DR. SAID ALDAILAMI**

ist Regionalbeauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung für die Länder Tunesien, Algerien, Libyen sowie Dozent an der Universität der Bundeswehr München (Internationale Politik).



**/// DR. MARTIN PABST**

ist selbständiger Politikwissenschaftler, Büro Forschung & Politikberatung, München, und stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Landesverband Bayern.

**Anmerkungen**

<sup>1</sup> Eine ausführliche Analyse des arabischen Umbruchs bieten die Autoren mit ihrem kürzlich in der Reihe Berichte & Studien erschienenen Werk: Al-Dailami Said / Pabst, Martin: Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz, Berichte & Studien 99, Hanns-Seidel-Stiftung, München 2014.

<sup>2</sup> Demos 120, 29.6.2011, [http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe\\_29.06.2011.html](http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe_29.06.2011.html), Stand 20.10.2014.